

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 49 (1970)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die Nixon-Regierung und die Farbigen  
**Autor:** Bloch, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338251>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

essieren als für das mehr als dreitausendmal grössere Ausland. Durch die technische Entwicklung ist unser Planet derart zusammengeschrumpft, so viele Fäden verflechten uns mit allen Kontinenten und so viele Gefahren bedrohen uns zusammen mit allen Völkern, dass wir sagen müssen: «Die Schweiz ist unsere Heimatgemeinde, unser Vaterland ist der ganze Planet, der uns miternährt und mitgestaltet und für den wir uns mitverantwortlich fühlen müssen.»

Es wird den Schweizer Publizisten manchmal vorgeworfen, sie spielen sich in der Weltpolitik gerne als Schulmeister auf. Ob dieser Tadel zu Recht oder zu Unrecht erhoben wird, bleibe dahingestellt. Die beste Lektion, die wir der Umwelt geben können, besteht wohl darin, dass wir in unserem eigenen Hause die bestmögliche Ordnung schaffen. Ordnung ist nicht die durch Polizeigewalt aufgezwungene Ruhe, sondern die Bezeichnung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Normen der Gerechtigkeit. Ordnung wird hergestellt durch das Gleichgewicht zwischen Recht und Pflicht, zwischen Freiheit und Verantwortung.

*Peter Bloch (Newyork)*

## **Die Nixon-Regierung und die Farbigen**

Als Richard M. Nixon 1968 für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten kandidierte, machte er es recht deutlich, dass er von vorneherein nicht auf die Unterstützung der schwarzen Massen rechnete. Er richtete sich vor allem an die gemässigt-konservativen Elemente des weissen Mittelstandes und an das Unternehmertum. Er gewann die Unterstützung von Senator Thurmond und anderen Politikern des Südens durch gewisse Konzessionen. Er wusste, dass von allen Anwärtern auf die Präsidentschaft ohnehin nur Senator Robert F. Kennedy bei den Negern populär gewesen war. Sie fühlten, dass Robert Kennedys Sorge um die Benachteiligten und Unterdrückten aufrichtig war. Die Ermordung des Senators bedeutete das Ende einer grossen Hoffnung auf einen neuen Morgen Amerikas.

Richard Nixon konnte freilich die Farbigen auch nicht völlig ignorieren. Er gebrauchte das Schlagwort vom «schwarzen Kapitalismus», sah in der wirtschaftlichen Stärkung der Minderheiten den Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme. Als Präsident verfolgt er in der Tat eine Politik, welche dieser Idee treu bleibt. Es handelt sich weniger um einen «schwarzen Kapitalismus» als um einen Kurs, der es Farbigen leichter machen soll, ihre eigenen Geschäfte zu gründen und erfolgreich zu führen, und die Hindernisse beseitigen will, die den Negern viele Facharbeiterstellen verschlossen haben

(zum Beispiel im Baugewerbe). Der Aufstieg zahlreicher Neger ins Facharbeitertum und in den Mittelstand ist sicherlich ein notwendiges Ziel, das man nur gutheissen kann. Und man kann es nur begrüßen, wenn die amerikanische Bundesregierung Massnahmen zum Beispiel gegen die Diskriminierung im Bauwesen trifft und wenn sie die vielen Firmen, die ihre Lieferanten sind, dazu verpflichtet will, Neger nicht nur in untergeordneten Stellungen zu beschäftigen.

Die Mitglieder der Nixon-Regierung sagen häufig: «Gewiss – die Regierung ist bis jetzt bei den Farbigen nicht populär. Aber wenn sich unsere wirtschaftliche Aktion zugunsten der Neger erst auswirkt, dann wird man in den farbigen Massen erkennen, was wir für sie tun . . .» Es stimmt, dass rein gesetzliche Schritte die wahre Gleichberechtigung noch nicht zur Wirklichkeit machen. Es stimmt, dass von echter Gleichberechtigung erst die Rede sein kann, wenn die Neger auch in der Wirtschaft der USA die Rolle spielen, die ihnen auf Grund ihrer Zahl zusteht; wenn bei ihnen der Prozentsatz der Facharbeiter, der Ladenbesitzer, der Akademiker ungefähr der gleiche wie bei den Weissen sein wird.

Dazu bedarf es aber tiefgreifender gesellschaftlicher Änderungen, wie die «Schwarze Revolution» sie anstrebt. Und vor solcher Umwälzung schreckt die Nixon-Regierung zurück; denn erstens ist sie auf einen Kompromiss mit den Negerfeinden des Südens eingestellt, und zweitens fehlt ihr das Verständnis für die Negerbewegung, das Robert Kennedy entwickelt hatte.

Bei seinem Regierungsantritt kündete Nixon einen Dialog mit den Andersgesinnten (den Studenten, den Negern, der Bewegung gegen den Vietnamkrieg) an, ein Bemühen um wachsende Einigung der Nation. Gerade das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Der Dialog ist nicht ernsthaft versucht worden: Die Schärfe, mit der Nixon und Vizepräsident Agnew sich beispielsweise gegen die Friedensbewegung gewendet haben, macht ihn unmöglich. Anstelle eines gedeihlichen Gespräches über die brennendsten Fragen Amerikas hat sich die Polarisierung weiter verschärft, die vor allem seit der Ermordung Dr. Martin Luther Kings und Robert Kennedys in vollem Gang ist.

Präsident Nixon will die schwarze Gemeinschaft wirtschaftlich sanieren, ohne die kühnen Schritte zu tun, welche dazu erforderlich sind. Er will den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes gegen erzwungene Rassentrennung gebührende Geltung verschaffen, aber gleichzeitig den Negerfeinden möglichst wenig wehtun. Das heisst natürlich: eine nur begrenzte Anwendung der bindenden Gerichtsbeschlüsse, ohne sich ihnen etwa zu widersetzen . . . Und er will die schwarzen Radikalen abwehren. Sein Berater D. P. Moynihan tritt für eine geringere Betonung der Rassenfrage ein, eine Konsolidierung der erheblichen Fortschritte, welche die Neger in den letzten zehn Jahren gemacht haben, ein Hinwenden zur wirtschaftlichen Aktion statt radikaler Forderungen und Gesten der Linken und der

Rechten. Es handelt sich um den Versuch, sowohl die Neger wie die Negerfeinde zu beruhigen, die Polarisierung zurückzuschrauben.

Indem sie den Dialog durch den politischen Kompromiss und durch die ausgeklügelte Formulierung eines Soziologen ersetzen möchten, verraten Nixon und Moynihan, wie wenig sie sich in die Mentalität des amerikanischen Negers von 1970 einfühlen können. Die Rassenfrage lässt sich einfach nicht totschweigen; denn Amerika ist von ihr geradezu besessen. Die «Schwarze Revolution» lässt sich nicht abstellen, bevor sie nicht die Lage der Farbigen in den USA grundlegend verändert hat; und davon sind wir trotz den unzweifelhaften Fortschritten der letzten zehn oder fünfzehn Jahre noch weit entfernt. Und die Agitation der Rassenhetzer als Widerstand gegen die «Schwarze Revolution» lässt sich genau so wenig zum Schweigen bringen, solange der Kampf nicht entschieden ist.

Gerade weil die Neger gesehen haben, dass wesentliche Fortschritte möglich sind, werden sie nicht willens sein, auf halbem Wege haltzumachen. Noch immer liegen Lebens- und Gesundheitsstandard der Mehrheit der Farbigen weit unter dem der meisten Angehörigen der weissen Mehrheit. Noch immer leben die meisten Farbigen der USA in den benachteiligten Gettos der Städte oder in ärmlichen Behausungen auf dem Lande. Noch immer herrscht sehr weitgehend die Rassentrennung in den Wohngebieten. Noch immer hat der Neger in Amerika nicht die gleichen Gelegenheiten, eine erstklassige Schulbildung zu erwerben und eine Hochschule zu besuchen. Noch immer stösst der Neger gegen Vorurteile – offene wie im Süden oder heuchlerisch verschleierte wie im Norden und Westen, wobei die verschleierte nicht weniger wehtun und psychologisch eher schlimmere Hürden sind.

Der Neger ist nicht einfach ein Amerikaner mit dunklerer Hautfarbe, der allmählich zum Staatsbürger erster Klasse aufsteigt. Er ist zu lange unterdrückt, ausgebeutet und seiner Menschenwürde beraubt worden . . . Bei den Sklaven wurde jede Erinnerung an ihre afrikanische Kultur zerstampft. Es wurde ihnen eingetrichtert, ihre Vorfahren seien Wilde aus dem Urwald gewesen. Man wollte den Neger auch nach Aufhebung der Sklaverei als Robot für alle untergeordneten, schlechtbezahlten Arbeiten abrichten, den ein ihm eingepfelter Minderwertigkeitskomplex von jedem Ehrgeiz fernhalten sollte. Dies gelang indes nicht restlos. Und der Zweite Weltkrieg, der Niedergang des Kolonialismus in der Welt, der neue afrikanische Nationalismus und die Unabhängigkeit afrikanischer Völker, das Bewusstsein, dass die Mehrheit der Menschheit farbig ist – alle diese Faktoren brachten das Erwachen des amerikanischen Schwarzen hervor.

Der amerikanische Neger war lange gezwungen gewesen, zu seiner Selbsterhaltung seine wahren Gefühle gegenüber dem Weissen zu verbergen. Viele Weisse waren nunmehr überrascht, als sie spürten, dass die Neger sie nicht gerade lieben. Der Weisse hatte den Neger aus der amerikanischen Volksgemeinschaft ausgeschlossen und wunderte sich nun, dass

der Schwarze seine Identität gesondert auf Grund seiner Rassenzugehörigkeit definiert. (Ganz anders ist dies in den lateinamerikanischen Ländern, wo Weiße, Schwarze und Mulatten zur gleichen Volksgemeinschaft gehören, sich nach Sprache und Kultur, nicht nach Hautfarbe definieren. Im früheren spanischen Imperium gab es keinen Rassenwahn, und sogar der Sklave war nicht völlig rechtlos; und eine Verschmelzung der Rassen wurde nicht verurteilt.)

Die Scheinliberalen sagen gerne, dass sie den weissen Rassenhass gegen die Schwarzen ebenso verurteilen wie den schwarzen Rassenhass gegen die Weissen. Natürlich erleichtert eine antiweisse Gesinnung nicht die Lösung der Probleme, zumal der Hass überhaupt in eine Sackgasse führt. Aber die Rassengesinnung der Schwarzen ist nichts als eine Antwort auf den jahrhundertelangen Rassenwahn der Weissen. Wo dieser nicht oder kaum bestand (zum Beispiel im früheren spanischen Kolonialreich), entwickelte sich auch jene nicht. Vorurteile der Unterdrückten können moralisch den Vorurteilen der Unterdrücker nicht gleichgesetzt werden. Und wenn es Negerorganisationen wie die «Schwarzen Panther» gibt, die im Gegensatz zu der Bewegung von Dr. Martin Luther King die Anwendung von Gewalt nicht unbedingt ablehnen, so erlaubt zwar deren Haltung keinen wahren Fortschritt zum Durchbruch einer brüderlicheren Gesellschaftsordnung, ist aber lediglich eine Folge der Gewalt, welche der Weiße 300 Jahre lang gegen den Schwarzen geübt hat. Die Anschläge gegen Weiße, die bis jetzt von amerikanischen Negern erdacht worden sind, verschwinden geradezu im Vergleich mit der Unzahl von Verbrechen, die amerikanische Weiße gegen Neger begangen haben (und noch begehen). Kann man sich wundern, wenn bei den meisten Negern Bitterkeit und Misstrauen gegenüber den Weissen herrschen? . . . Die Nixon-Regierung möchte der Realität der Lage keine Beachtung schenken. Sie sucht einen abstrakten Mittelkurs, der den Gefühlen der Betroffenen, der sozialpsychologischen Situation nicht Rechnung trägt. Fast hundert Jahre seit dem amerikanischen Bürgerkrieg hatte der Neger geduldig auf Gleichberechtigung gewartet, bis er entdeckte, dass sie durch rein gerichtliche und parlamentarische Verfahren nicht zu verwirklichen ist. Seine Geduld ist längst erschöpft. Er will eine neue Gesellschaftsordnung noch zu seinen Lebzeiten sehen und will, dass sie seinen Kindern voll zugute komme. Und er ist von weissen «Liberalen» so oft getäuscht und verraten worden, dass er seine Befreiung als seine eigene Aufgabe betrachtet. Auch schon aus Gründen des Stolzes zieht er rein schwarze Organisationen vor. Ratschläge von seiten selbst der radikalen Weissen sind ihm nicht mehr willkommen. Er findet dagegen, der Weiße schulde ihm eine Art Wiedergutmachung in Form materieller Hilfe für die schwarze Gemeinschaft und erleichterter Aufnahme in freie Hochschulen wie zum Beispiel Neuyorks Städtische Universität, wobei Vizepräsident Agnew sich gegen die letztere Forderung ausgesprochen hat.

In der Praxis besteht zweifellos eine Einheitsfront der amerikanischen Neger gegen ihre offenen und versteckten Feinde. Sie wird nicht verhindert durch das Bestehen von zwei Hauptrichtungen. Die eine stützt sich vor allem auf die Lehren von Dr. Martin Luther King, die andere auf diejenigen von Malcolm X, dem schwarzen Nationalistenführer, der 1965 von Mitgliedern der «Schwarzen Muslim»-Bewegung ermordet wurde, von der er sich getrennt hatte. Pfarrer King, der Gründer der modernen Massenbewegung der amerikanischen Neger, strebte die völlige Eingliederung der Farbigen ins amerikanische Leben an, die echte Gleichberechtigung in einer wahren Volksgemeinschaft, und zwar mittels gewaltloser Massenaaktionen in der Art Ghandis. Malcolm X forderte bewaffnete Verteidigung gegen Terror und hatte mehr Vertrauen in eine schwarze Gemeinschaft innerhalb der USA als in die Integrierung mit den Weissen. (Er hatte übrigens manche Vorgänger.) Die Frage ist also Gewaltlosigkeit oder bewaffnete Notwehr gegen Terror, wobei freilich die Grenze zwischen Notwehr und Angriff oder eigenen Terrorakten nicht immer deutlich ist – und Integrierung oder Separatismus.

Das Argument der schwarzen Nationalisten zugunsten des Separatismus ist folgendes: Die Weissen, so sagen sie, wollen ja gar keine Integrierung, wollen keine echte Gemeinschaft mit den Negern. Daher liege die Lösung in einer wohlorganisierten schwarzen Gemeinde, die ihre eigenen Schulen und sonstigen Institutionen gestaltet und kontrolliert. Es bestehe ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Segregierung, das heisst erzwungener Absonderung und Erniedrigung einerseits und schwarzer Verwaltung schwarzer Gemeinden andererseits, der Entwicklung schwarzer politischer und wirtschaftlicher Macht.

In den farbigen Massen sieht man eigentlich im ganzen beide Grundtendenzen mit Wohlwollen. Die Mehrheit der amerikanischen Neger hat Martin Luther Kings Vision einer wahren Integrierung nicht aufgegeben. Sie ist entschlossen, jede erzwungene Rassentrennung zu bekämpfen, zum Beispiel im Schulwesen. Sie begünstigt aber auch eine schwarze Gemeindekontrolle über solche Schulen, die von schwarzen Gemeinschaften erst geschaffen worden sind oder in Vierteln mit ausschliesslich farbiger Bevölkerung liegen. Bis jetzt lehnt sie, die Mehrheit, Gewaltanwendung im Kampf um die Gleichberechtigung ab, obgleich anhaltende Verständnislosigkeit und Feindseligkeit des weissen Machtapparates, der weissen Gesellschaft diese Stimmung ändern könnten. Aber wenn auch die Mehrheit der amerikanischen Neger weiter die Taktik des gewaltlosen Drucks der schwarzen Massen vorzieht, hegt sie doch gewisse Sympathien für die schwarzen Radikalen, die es «dem Mann‘, ‚Whitey‘, ‚Charlie‘ (Bezeichnungen für den Weissen) zeigen», ihm sogar Angst einjagen und jedenfalls eine Art widerwilligen Respekt.

Die «Schwarze-Panther-Partei» beispielsweise ist zahlenmässig nicht sehr stark und überdies nicht frei von internen Meinungsverschiedenheiten

zwischen einer mehr schwarz-nationalistischen und einer mehr marxistischen (zur Mao-Version des Kommunismus neigenden) Gruppe . . . Lange bevor es der Öffentlichkeit bewusst wurde, hat der Verfasser dieser Zeilen vor etwa sieben Jahren erfahren, dass es (damals geheime) Organisationen gab, welche sich auf bewaffnete Aktionen vorbereiteten, auf einen regelrechten Kleinkrieg in amerikanischen Städten. Die Ausbrüche in Watts (Los Angeles), Newark, Detroit und anderen Zentren der schwarzen Bevölkerung vor wenigen Jahren liessen das Herannahen fast bürgerkriegsähnlicher Zustände befürchten. Es sollte sich aber erweisen, dass die Neger nur im Falle schwerster Provozierungen auf dieser Bahn vorangehen würden; dass sie eine Atmosphäre der Gewalt im Ganzen zu verhindern suchen. Sie wissen, dass die Politik der «Schwarzen Panther» und ähnlicher Gruppen, wenn sie die schwarzen Massen für sich gewinnen würden, zu einem aussichtslosen Bürgerkrieg zwischen Schwarz und Weiss führen müsste, der um so sinnloser wäre, als die Schwarzen immerhin eine Minderheit von schätzungsweise nur 12 Prozent der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten darstellen. (Obwohl sie in manchen Bezirken des Südens, in manchen Städten des Nordens in der Mehrheit sind.)

Die Presse hat allerdings dem Schreckgespenst des schwarzen Terrorismus so viele Schlagzeilen und Spalten gewidmet, dass die «Panther» zur Berühmtheit gelangt sind. Und die Nixon-Regierung kann die Extremisten nicht politisch bekämpfen, weil sie keinen Dialog mit den Negern herbeigeführt hat, und zieht statt dessen die polizeilich-gerichtliche Verfolgung der «Schwarzen Panther» vor, wodurch sie freilich die Solidarität der meisten Neger mit den verfolgten «Panthern» trotz aller ideologischer Verschiedenheit hervorruft.

Es ist der Nixon-Regierung indes nicht etwa nur um die Einhegung des Extremismus zu tun; und das begreift der amerikanische Neger sehr wohl. Eine ganze Anzahl von weissen Juristen, die für das amerikanische Justizministerium arbeiteten, sind aus Protest gegen die Regierungspolitik zurückgetreten, die es auf eine Verlangsamung und Einschränkung der Bemühungen um Gleichberechtigung und Integrierung abgesehen hat. Besonders deutlich wird das im Schulwesen.

Im Süden beruht Rassentrennung im Schulwesen auf der erzwungenen Absonderung der Neger, im Norden und Westen meist auf den getrennten Wohngemeinden. Vielfach können Schuldistrikte neu eingeteilt werden, um jeweils sowohl weisse wie schwarze Wohngegenden zu umfassen. Wo zur Herstellung eines besseren rassischen Gleichgewichts zwischen Schwarz und Weiss Schüler und Schülerinnen im Autobus jeden Tag in die Schule eines etwas entlegeneren Viertels gebracht werden müssen, mag dies nicht immer als ideale Lösung empfunden werden; und überhaupt wird zur völlig harmonischen Integrierung der Schulen zuerst die (noch lange nicht erreichte) der Wohngegenden nötig sein. Aber wenn Weisse gegen die Autobustransportierung in eine andere Gegend und zugunsten der «Nach-

barschaftsschule» protestieren, dann entspringt das viel weniger der Begeisterung für irgendein geheiligtes Prinzip als dem Wunsch nach Aufrechterhaltung einer Rassentrennung, nach Erhaltung weisser Schulen.

Die Nixon-Regierung will sich die Sympathien des weissen Kleinbürgers nicht verscherzen, nicht einmal diejenigen des südlichen Negerfeindes, soweit sich das mit den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs einigermaßen vereinbaren lässt. Sie kann sich nicht gegen die Schulintegration stellen, kann sie nur in manchen Bezirken zu verlangsamen suchen. Aber Nixon will das liberale Antlitz des Obersten Gerichtshofs durch die Ernennung konservativer Oberrichter verändern; und zwar ist er entschlossen, einen Reaktionär aus dem Süden hineinzusetzen. Der Präsident möchte für die Zukunft einem weniger liberalen Verhalten des Obersten Gerichtshofs den Weg ebnen. Die Ernennung von Clemens Haynsworth wurde vom Senat nicht bestätigt: weniger aus Gründen der Rassenpolitik als wegen gewisser Fragen richterlicher Ethik in bezug auf Geschäftsunternehmen. Anstelle des abgelehnten Haynsworth hat der Präsident einen Richter aus Florida, G. Harold Carswell, ernannt, der ein viel ausgeprägteres Exemplar südlicher Rassengesinnung ist als Haynsworth und seine Abneigung gegen die Neger oft genug bewiesen hat.

Die in der Nixon-Regierung als Unterstaatssekretäre und in anderen hohen Posten tätigen Farbigen haben kürzlich eine Konferenz mit dem Präsidenten abgehalten, um ihre Unruhe über seinen Kurs in der Rassenfrage auszudrücken und ihm mitzuteilen, wie schwierig sie es finden, die Regierungspolitik gegenüber der schwarzen Gemeinschaft zu vertreten. Nixon ersuchte sie um eine schriftliche Abfassung ihrer Bedenken. Es bleibt abzuwarten, welche Schlüsse er daraus ziehen wird. Jedenfalls sind die farbigen hohen Beamten der Nixon-Regierung bei ihren Rassengenossen verständlicherweise nicht sehr beliebt . . .

Vizepräsident Agnew betont, ähnlich wie Nixon, weit mehr die wirtschaftliche Stärkung der Neger als die Integration des Schulwesens. Aber zur wirtschaftlichen Stärkung gehört unter anderm eben die entsprechende Motivierung durch eine verbesserte Erziehung; und gerade jetzt hat sich wieder ein führender amerikanischer Pädagoge, Professor James S. Coleman, dahingehend ausgesprochen, dass die Beendigung erzwungener Rassentrennung im Schulwesen «das angemessenste Mittel ist, die Qualität der Erziehung benachteiligter Kinder zu heben». Und er hat darauf hingewiesen, der Autobustransport sei nicht die einzige Art, zur Integration zu gelangen: Die Nixon-Regierung wie auch örtliche Schulbehörden versuchten, nur dem Buchstaben des Gesetzes Genüge zu tun, statt die Integration erfolgreich zu gestalten.

Es wird immer schwerer, die Kluft zwischen der «Schwarzen Revolution» und der Nixon-Regierung zu überbrücken. Die amerikanischen Neger hegen nicht die Absicht, ihre Revolution zu bremsen. Es kann keinen Kompromiss zwischen Unrecht und Menschenwürde geben. Und diejeni-



gen, die so gerne von «Gesetz und Ordnung» reden, fragt der Neger: Welches Gesetz? Welche Ordnung? . . . Robert Kennedy sagte, man könne sich dem Neger gegenüber nicht auf Gesetze, nicht auf eine Ordnung berufen, die immer wieder gegen ihn benutzt worden sind, seiner Unterdrückung gedient haben.

Bei aller Bitterkeit gegen den Weissen, bei allem Misstrauen, bei aller Sympathie für die Kühnheit der «Schwarzen Panther» und ähnlicher Gruppen hat die Mehrheit der Farbigen in den Vereinigten Staaten die Hoffnung auf eine Vermeidung des Klimas bewaffneter Gewalt im Kampf für Menschen- und Bürgerrechte nicht aufgegeben. Die Forderung nach Integrierung des Schulwesens wird nicht verstummen; denn erzwungene Rassentrennung bedeutet psychologisch-erzieherische Nachteile für farbige Kinder.

Gleichzeitig wird jedoch der Zug zur «Schwarzen Macht», zur schwarzen Gemeindegovernance, zur Schaffung von Instituten für afrikanische und afro-amerikanische Geschichte und Kultur an amerikanischen Universitäten, zur Übernahme der Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Kollektivschicksals alles andere als zurückgehen. Der Widerspruch ist eher scheinbar: Der Neger ist heute geneigt, all das zu unterstützen, was seine Menschenwürde verteidigt und betont und was die Interessen der heranwachsenden Generation wahren soll. Er will den Weissen nicht mehr nachahmen. Er will in Selbstachtung leben und innerer Sicherheit, stolz auf das, was er ist. Er will das Recht haben zu leben, wo er will, ohne erzwungene Absonderung. Und er ist davon überzeugt, dass nur auf der Grundlage einer Anerkennung seiner Identität und Gemeinschaftsziele und mit dem Aufkommen einer neuen Gesellschaftsordnung die Möglichkeit eines brüderlichen Zusammenlebens von Schwarz und Weiss entstehen kann. Wer es ernst meint mit der Befreiung des amerikanischen Negers, kann sich einer Umgestaltung der Sozialordnung nicht entgegenstemmen.